Vorabend-Blatt

65. Jahrgang. № 197. Donnerstag, 28. April 1921.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Bezugs-Gebühr in Dresden und Vororten bei täglich zweimaliger Zutragung, durch die Post bei täglich zweimaligem Versand monatlich 6,30 M., vierteljährlich 18,90 M.
Anzeigen-Preise. Die 1spaltige 37 mm breite Zeile 2 M. Auf Familienanzeigen, Anzeigen unter Stellen- u. Wohnungsmarkt, 1spaltige Nr.- u. Verkäufe 25%. Vorzugsplätze laut Tarif. Nur wörtl. Aufträge geg. Vorausbezahl. Einzelpreis d. Vorabendblattes 30 Pf.

Drahtanschrift: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher-Sammelnummer 25241.
Nur für Nachtgespräche: 20011.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38/40.
Druck u. Verlag von Dieysch & Reichardt in Dresden.
Postscheck-Konto 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.") zulässig. — Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Die Aufnahme der deutschen Vorschläge.

Die politische Stimmung im Reiche.

(Eigner Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten".)

Berlin, 27. April. Die innere und außenpolitische Situation kann auch heute noch als unverändert angesehen werden. Mit einer zustimmenden oder ablehnenden Antwort aus Neuyork ist vor zwei bis drei Tagen überhaupt nicht zu rechnen. Bis dahin bleibt die ganze politische Lage in der Schwebe. Entgegen der Meldung des Berliner „8-Uhr-Abendblatt" liegt eine Havasmeldung von gestern abend vor, wonach bis jetzt keine Ausführung der militärischen Sanktionen gegen Deutschland angeordnet sei.

Die Koalitionsparteien für die Regierung.

Berlin, 27. April. Die Regierungsparteien sind übereingekommen, in der heutigen Sitzung des Reichstags eine gemeinsame Erklärung abgeben zu lassen. Wahrscheinlich wird der volksparteiliche Abgeordnete Dr. Scholer sprechen. Außerdem werden die Redner der drei Koalitionsfraktionen in die Debatte eingreifen. Während in der gemeinsamen Erklärung zum Ausdruck gebracht wird, daß die Regierung sich bei ihrer Aktion auch weiter auf die Koalitionsparteien stützen kann, werden die drei Einzelredner Kritik üben. Trotz aller Bedenken, die in weiten Kreisen der Deutschen Volkspartei, des Zentrums und der Demokraten gegen den Reichskanzlerminister vorhanden sind, werden diese aber im Augenblick mit Rücksicht auf unsere auswärtige Politik zurückgestellt werden.

Beendigung des Kriegszustandes mit Amerika.

Rotterdam, 27. April. „Courrant" meldet aus Neuyork: Der Ausschuß des Repräsentantenhauses hat sich mit allen gegen zwei Stimmen für die Resolution Porter erklärt, wonach der Kriegszustand mit Deutschland für beendigt zu erklären ist. Die Abstimmung im Senatsausschuß über die Resolution Knox erfolgt Sonnabend oder Montag.

In Erwartung der amerikanischen Antwort.

Berlin, 27. April. Im Auswärtigen Amte war gestern in den späten Abendstunden noch keine Mitteilung der amerikanischen Regierung eingegangen weder in der Form einer Antwort auf die deutsche Note, noch in der Form einer Rückfrage.

Finanz und Industrie zu Simons' Vorschlägen.

Berlin, 27. April. Ueber die Aufnahme der deutschen Note in Amerika in den Kreisen der Finanz und Industrie äußerte sich einem Mitarbeiter des „Lokalanz." gegenüber der bekannte Leiter der Deutschen Werke und hervorragende Sachverständige bei früheren Verhandlungen der Reichsregierung Direktor v. Stauß folgendermaßen:

Die Sachverständigen haben schon im Anschluß an die Londoner Konferenz erklärt, daß sie die Londoner Angebote als viel zu weitgehend und undurchführbar ansehen. Aus diesem Grunde ist es klar, daß dasselbe Urteil auch auf das neue Angebot Anwendung finden muß. Trotzdem bin ich der Meinung, daß ein Abkommen auf der von der deutschen Regierung angebotenen Grundlage besser ist, als der jetzige verzweifelte Zustand. Dabei setze ich allerdings voraus, daß uns völlige wirtschaftliche Bewegungsfreiheit gegeben wird, und daß alle Leistungen aus dem Friedensvertrage, also auch die Kosten der Besetzung, auf unsere Reparationszahlungen angerechnet werden. Selbstverständlich bedeutet ein Vertrag, wie wir ihn jetzt vorschlagen, eine Sklavenarbeit für das deutsche Volk auf Jahrzehnte hinaus. Die Aufbringung einer großen Anleihe ist an sich heute in keinem Lande der Welt möglich. Diese größte Finanzoperation der Weltgeschichte ist nur möglich, wenn die ganze Welt bei der Unterbringung einer solchen Anleihe mitwirkt, das heißt also, wenn diese so ausgestattet wird, daß sie für die Kapitalisten der Welt eine gewisse Anziehungskraft hat. Die Staatsmänner der Entente müßten den umgekehrten Weg gehen, den sie in den letzten 2½ Jahren gegangen sind. Sie müssen, statt die Kaufkraft der valutaschwachen Länder weiter zu zerstören, diese Länder wieder kaufkräftig zu machen suchen. Dann werden auch die 300 Millionen Menschen dieser Länder mit guter Valuta wieder zu einem normalen Wirtschaftsverkehr in der Welt gelangen.

Den Standpunkt, daß unser Angebot viel zu weit geht, setzte ein hervorragender Vertreter der Industrie dahin auseinander: Das Angebot, das in der deutschen Note an Amerika enthalten ist, muß von jedem, der Deutschlands Leistungen kennt, als ein lediglich politisches Angebot betrachtet werden. Die Verfasser haben sich anscheinend auch nicht die geringste Mühe gegeben, zu prüfen, ob wir unsere Versprechungen auch wirklich ausführen können; ja, man möchte fast glauben, sie waren sich auch darüber klar, daß kein Mensch dieses Angebot unterschreiben könnte. Es ist mir als Sachkenner keinen Augenblick zweifelhaft, daß man selbst unter dem Zwange politischer Notwendigkeiten nicht über das Maß des Notwendigen hinausgehen darf. Die Regierung aber hat Versprechungen abgegeben und, was noch bedenklicher ist, Verpflichtungen und Bindungen eingehen müssen, die das deutsche Volk noch mehr erdrosseln. Von einer klärenden Aktion kann also nur dann die Rede sein, wenn auf der Grundlage dieses Angebotes bei kontradiktatorischen Verhandlungen großes Verständnis und Entgegenkommen von der Gegenseite gezeigt wird, wenn insbesondere in diesem oder jenem Punkte eine Milderung erreicht werden kann.

Eine Botschafterkonferenz in Washington.

Washington, 26. April. (Reuter.) Nach Empfang der deutschen Gegenvorschläge haben sich auf eine Einladung von Hughes hin die Botschafter Frankreichs, Englands, Italiens und Japans ins Staatsdepartement begeben. Die alliierten Diplomaten wurden davon in Kenntnis gesetzt, daß die Vereinigten Staaten zuerst die Ansicht der Alliierten bezüglich der deutschen Gegenvorschläge hören wollten, bevor sie Deutschland antworteten. (WTB.)

„Die Grundlage eines Meinungsaustausches."

(Eigner Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten".)

Rotterdam, 27. April. „Morning Post" meldet aus Neuyork am 26. April 4 Uhr nachmittags: Das Staatsdepartement gibt soeben die Information an die Presse aus, wonach die deutschen Vorschläge von Harding als Grundlage angesehen wurden, um einen Meinungsaustausch mit den Alliierten einzuleiten.

Rotterdam, 27. April. Die „Times" meldet aus Neuyork: „Sun" und „Herald", die beiden führenden Blätter, nehmen gegen die deutschen Vorschläge Stellung, die auch jetzt noch nicht die Pariser Beschlüsse erreichen und deshalb wohl zu einem Meinungsaustausch, aber zu keiner Verständigung Veranlassung geben könnten.

Paris, 27. April. Havas ist in der Lage, mit Bestimmtheit zu versichern, daß die amerikanische Regierung nach Kenntnisnahme der deutschen Vorschläge erneut ihre Absicht bestätigt hat, fernerhin die Stellungnahme zu wahren, wie sie gestern nachmittag Briand im Senat klargelegt hat. Die Vereinigten Staaten würden keinen Schritt unternehmen, ohne sich vorher vergewissert zu haben, daß er den Verbandsregierungen angenehm wäre. (WTB.)

„Ausgezeichneter Eindruck" in London.

London, 27. April. Reuter veröffentlicht eine Note, in der es heißt: Obwohl keinerlei offizielle Communiqués über die neuen deutschen Vorschläge vorliegen, glaubt man, daß die Note einen ausgezeichneten Eindruck in Regierungskreisen hervorgerufen habe. — „Daily Chronicle" schreibt: Die neue deutsche Note ist sicherlich ein viel weniger unmögliches Dokument, als die vorangegangenen. Wir ziehen vor, unsere Meinung erst zu sagen, wenn wir die Zeit gehabt haben werden, diese Note gründlich zu prüfen; aber es ist klar, daß die Furcht vor der Besetzung des Ruhrgebiets (!) bei der deutschen Regierung größere Reue (!) hervorruft, als irgendein Appell an die Vernunft in Deutschland dies vermocht hätte. Wenn Deutschland dieses Angebot jetzt macht, so hätte es dies vielleicht auch einige Monate früher tun können. Es zeige sich, daß die Stärke das einzige Argument sei, vor dem Deutschland Respekt habe.

Aus dem englischen Unterhause.

London, 26. April. In Erwiderung auf eine Anfrage im Unterhause sagte Harmsworth: Es sei ihm nichts davon bekannt, daß Frankreich bei Oesterreich einen Schritt unternommen habe, um es zu veranlassen, auf die deutsche Einfuhr eine Steuer zu legen. Auf eine weitere Frage, ob die Alliierten vorgeschlagen oder die Möglichkeit erwogen hätten, Deutschland zum Verkaufe eines Teiles seiner Kunstschätze nach Amerika oder irgendeinem anderen Lande zu veranlassen, um sich Geld für die Reparationszahlungen zu beschaffen, erwiderte ein Vertreter des Schatzamtes, seines Wissens sei ein solcher Vorschlag bisher nicht in Erwägung gezogen worden. (W. T. B.)

Ablehnung in Paris.

Paris, 27. April. Die französische bürgerliche Presse lehnt einstimmig die deutschen Vorschläge ab. Der „Matin" erklärt, daß Frankreich nach denselben im besten Falle 25 Milliarden Goldmark erhalten würde, also gerade ein Viertel seines Guthabens. Das Blatt gibt der Hoffnung Ausdruck, daß keiner der Alliierten auf der Londoner Konferenz dafür einstehen werde, daß Frankreich von neuem ein Drittel seiner Forderungen aufgeben werde, die ihm das Abkommen von Paris zusichere. Im „Journal" wird ausgeführt, daß die deutschen Vorschläge vollständig unzulänglich seien und daß sie keinen Anlaß zu neuen Verhandlungen geben.

Italien begrüßt die amerikanische Vermittlung.

Rom, 27. April. Die Aussicht auf eine amerikanische Vermittlung in der Reparationsfrage wird von der italienischen Presse mit einem Gefühl der Erleichterung begrüßt. Allgemein wird zum Ausdruck gebracht, daß eine Vermittlung Amerikas Italien davon befreien werde, widerstandslos zusehen zu müssen, wie durch französische Gewaltmaßnahmen Deutschland ruiniert würde, was den Lebensinteressen Italiens direkt widerspreche.

Rom, 26. April. In einem Briefe an seine Wähler hebt Nitti hervor, daß Italien, abgesehen von den Bestimmungen der Friedensverträge, in seinen Bewegungen frei sei. Es sei gerecht, daß die Kriegsschäden soweit wie möglich von denjenigen, welche die Verantwortung für den Krieg (!) hätten, wieder gutgemacht würden. Aber jede Entschädigung sei unmöglich, wenn die besiegten Länder ihr Wirtschaftsleben nicht in völliger Unabhängigkeit entwickeln könnten und wenn die Schadenersatzforderung die Erzeugungsfähigkeit übersteige. In der Reparationsfrage wie bei der Anwendung der Friedensverträge müsse man im Einvernehmen mit den Vereinigten Staaten handeln.

Das Echo in Oesterreich.

Wien, 27. April. Die neuen deutschen Reparationsvorschläge und die gestrigen Ausführungen des Reichsministers Dr. Simons finden in der Presse nach Form und Inhalt nahezu uneingeschränkte Zustimmung. Die Blätter drücken übereinstimmend die Ueberzeugung aus, daß nach diesem Angebote und diesen vom verantwortlichen Minister des Aeußeren gegebenen Erklärungen die Aufrichtigkeit und der gute Wille Deutschlands von aller Welt begriffen und anerkannt werden müssen, und daß die Alliierten sich Verhandlungen auf dieser Grundlage nicht entziehen dürften. (W. T. B.)

Belgien und Frankreich solidarisch.

(Eigner Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten".)

Brüssel, 27. April. Die belgische Regierung hat sich mit allen französischen Plänen, um gegen Deutschland weiter vorzugehen, einverstanden erklärt. Loucheur hat erklärt, daß Frankreich allein nicht vorgehen will, sondern das Einverständnis der Verbündeten abwartet. Der Oberste Rat hat die Pläne zur Beschlußfassung erhalten und wird sich im Laufe dieser Woche mit der Angelegenheit beschäftigen.

Frankreich beharrt auf dem Einmarsch.

(Eigner Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten".)

Zürich, 27. April. Der Pariser Vertreter des „Corriere della Sera" berichtet, daß jede Hoffnung auf einen baldigen Ausgleich zwischen der Entente und Deutschland ohne neue Sanktionen geschwunden sei. Die französische Regierung halte ihren Beschluß aufrecht, am 5. Mai in Deutschland einzumarschieren und von ihren Forderungen nichts herabzulassen.

Berlin, 27. April. Im Reichsamt des Innern fand eine Konferenz von Vertretern aus dem unmittelbar mit Einmarsch bedrohten westlichen Randgebiete statt. Es wurden Maßnahmen erörtert und Beschlüsse gefaßt, die die wirtschaftlichen Erschütterungen von Handel, Industrie und Gewerbe infolge eines alliierten Einmarsches Anfang Mai zum Ziele haben.

Die namenlose Angst der Franzosen.

(Eigner Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten".)

Düsseldorf, 27. April. Der Kommandant der Besatzungstruppen macht bekannt, die Vereinigung Denis, eine heimliche Armee von Söldnern in den Ständen der Großindustrie, die eine Gefahr für die Sicherheit der Besatzungstruppen bedeutet, ebenso der Offizierbund, eine Vereinigung, die beseelt ist von heftigem Haßgefühl gegen Frankreich und die Entente, der Reichserholungsnachweis für Offiziere, der unter dem Deckmantel eines Stellennachweises beauftragt ist, alle geheimen und nichtgeheimen Vereinigungen zu versorgen und den Haß gegen die Entente sowie den Revanchegeist gegen die Entente zu unterhalten, ferner der Reichskriegerverband Kyffhäuser, eine Vereinigung, die augenblicklich in den Zeitungen einen heftigen antifranzösischen Feldzug führt, sind in dem Gebiete des Brückenkopfes Düsseldorf aufgelöst. Jeder offene oder versteckte Versuch, diese Vereinigungen wieder herzustellen, wird vor die Militärgerichte gebracht.

Paris, 27. April. Das Vorgehen verschiedener Kammermitglieder, um eine Compagnie zur Anwerbung von Freiwilligen für die Rheinbesetzung zu beginnen, hat bis jetzt nur wenig Erfolg gehabt. In den ausgelegten Listen waren bis gestern nur 700 Mann eingetragen.

Französischer Ministerrat.

Paris, 27. April. Wie der „Petit Parisien" mitteilt, vereinigten sich die Mitglieder des Ministeriums Briand heute unter dem Vorsitz des Präsidenten Millerand im Elysee. (W. T. B.)

Stimmen der deutschen Presse.

Berlin, 26. April. In den deutschen Vorschlägen in der Reparationsfrage schreibt die „D. Tagesztg.": Nur mit tiefster Bewegung und schwerster Sorge wird jeder fein Vaterland liebende Deutsche heute das ungeheuer folgenschwere Angebot unserer Regierung lesen können. Man hat den Eindruck, daß die Reichsleitung unter dem Einfluß der drohenden Sanktionen ihre Befugnisse weit überschritten hat, daß wieder, wie von Versailles, deutsche Zukunft aus Furcht vor der Gegenwart geopfert werden soll.

Die „Tägl. Rundschau" schreibt: Ob das Angebot der Regierung, um mit den Worten Fehrenbachs zu sprechen, „überleitet aus der Sphäre konstruktiver Unmöglichkeiten in tatsächliche, menschlichen Kräften mögliche Wirklichkeit", wird zu prüfen sein. Von unserer Souveränität bleibt uns wenig. Wir stellen uns unter die Finanzvormundschaft der Entente.

Die „Voss. Ztg." schreibt: „Die Empfehlung solcher Experimente wird an dem Fels der harten Tatsachen zerschellen. Das wird sich zeigen, sobald man über diese Dinge wird ausführlich sprechen können. Dazu aber ist es erst Zeit, wenn die Gesamtleistung vollkommen feststeht."

Das „Berl. Tagebl." meint: „Die Politik des Dr. Simons und der Regierung weicht in diesem Augenblick von keinen unverzichtbaren Prinzipien ab. Sie sucht zwischen ungeheuren Schwierigkeiten den aussichtsvollsten Weg."

In der „Berl. Börs.-Z." heißt es: „Dr. Simons hat gesagt, daß er sich keinen Illusionen hingebe, und jedermann wird dieser Reserve zustimmen. Damit ist zugleich im wesentlichen der Inhalt seiner Ausführungen gegeben."

Stegerwalds formeller Amtsantritt.

(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.)

Berlin, 27. April. Minister Stegerwald hat am Dienstag formell die Geschäfte des Ministerpräsidenten übernommen. Er begrüßte die versammelten Beamten und entwickelte sein Programm, das bei Ausschaltung aller parteipolitischen Kämpfe darauf hinausgeht, den außenpolitischen Gefahren und der wirtschaftlichen Not unserer Tage möglichst ein zum einheitlichen und friedlichen Aufbau entschlossenes Volk entgegenwerfen.

Rücktritt des preußischen Kultusministers.

Berlin, 27. April. Wie wir von zuständiger Stelle erfahren, hat sich der Wechsel in der Leitung des preußischen Kultusministeriums heute vollzogen. Vor der gesamten Beamtenschaft gab Minister Hänisch in einer Ansprache seinen endgültigen Rücktritt bekannt und schloß mit dem Wunsche, daß sein bisheriger Sekretär und jetziger Nachfolger Minister Dr. Becker den gleichen Kurs innehalte. Minister Becker antwortete mit warmen Worten der Anerkennung für die Person seines bisherigen Chefs. (W. T. B.)